

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer: Die Abonnenten
bestellen für Anzeigen aus Rußland
und Ungarn die Postämter, aus
wichtigen Anzeigen die Postämter,
Kontingente-Postämter und
amtliche Postämter.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen
und für Anzeigen die Postämter
an. — Einmal wöchentlich.
Anspruch: Anschließ Nr. 53.

Programme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1998.

Nr. 177

Donnerstag, den 31. Juli 1924

19. Jahrgang

Krisenluft in London.

Im Jergarten des Formelstrams. — „Dawesplan oder Chaos!“

Alle Sitzungen abgesetzt.

Paris, 30. Juli. Die Einladung an die deutsche Delegation wird nicht vor nächster Woche erfolgen. Die Konferenz steht vor neuen Schwierigkeiten, so daß Donnerstag weder die Sitzung der ersten, noch der dritten Kommission, noch die Vollziehung der Konferenz stattfinden wird. Es war gemeldet worden, daß der englische Sachverständige William Fisher und der französische Sachverständige Kron einen neuen Vorschlag in der Frage der Verfehlungen ausarbeiten sollten. Die beiden Sachverständigen, die auch den Franzosen Promagot zu Rate zogen, konnten zu keinem Einvernehmen gelangen und sollen ihre Bemühungen fortsetzen. Aus diesem Grunde wurden alle in Aussicht genommenen Sitzungen abgesetzt.

Ein Artikel der „Times“, der in ziemlich erregtem Tone gehalten ist und der dem Ueberdruß über den beispiellosen Formelstram in der ewigen Konferenz recht deutlich Ausdruck gibt, gibt die Stimmung weiter politischer Kreise treffend wieder. Das Blatt mahnt zwar noch zur Geduld, gibt aber deutlich zu verstehen, daß die endlosen Redereien wenig Wert haben, solange eben Frankreich durchaus an dem Grundblat seiner bisherigen Politik festhält, der mit dem Dawes-Plan nicht in Uebereinstimmung gebracht werden könne. Die Franzosen schienen von dem Gedanken belesen zu sein, aber alle Schwierigkeiten mit einer Formel hinwegkommen zu können. Das Schlimmste aber sei, daß durch diese Verschleppung der Wert des Dawes-Plans selber in Zweifel gezogen werden kann, und daß sich keine Aussichten also ständig vermindern. Sehr richtig ist, was die „Times“ über die Notwendigkeit einer festen Führung der Verhandlungen sagt. In diesem Mangel liegt ohne Zweifel der schwerste Fehler, an dem die Konferenz leidet.

Das ganze Schicksal der Konferenz liegt weiterhin bei den

Privatverhandlungen der Delegationsführer.

Diese Verhandlungen über die politischen Fragen scheinen sich keineswegs günstig zu entwickeln, und die Konferenzlage ist nur das Spiegelbild dieser Schwierigkeiten. Vor allem hat es den Anschein, als ob eine Einigung über die militärische Räumung unmöglich ist, und als ob sich England nun auf den Standpunkt stellt: „Wenn die Franzosen nicht aus der Ruhr hinausgehen, gehen wir nicht aus Aëin heraus.“ Wenigstens wird im „Daily Telegraph“ die Möglichkeit angedeutet, daß England die Befestigung seiner Zone über den Januar hinaus verlängern werde, wenn auch mit geringeren Truppenkräften. Mit der Verlängerung der englischen Rhein-occupation sollen zugleich die Schwierigkeiten hinsichtlich des Verbleibens der französischen Eisenbahnen automatisch gelöst werden. Dagegen wird von anderer Seite behauptet, daß diese Frage jetzt den Sachverständigen aus der Hand genommen werden wird und von den Delegationsführern selber behandelt werden soll.

Ueber den neuen französisch-belgischen Vorschlag zur Regelung der Garantieforderungen gehen sich die Mitglieder in allerlei Vermutungen. Der Schiedsgerichtsgedanke, der von Frankreich in den Vordergrund gestellt wird, scheint auf englischer Seite keinen Beifall zu finden, besonders wenn es sich bestätigt sollte, daß die Repto selber das Recht erhalten soll, das Schiedsgericht zu ernennen.

London, 30. Juli. Die Franzosen sind mit dem Entwurf ihrer Kompromißformel in der Sanktionsfrage, die im Vordergrund des Interesses steht, nicht ganz zu Ende gekommen, weshalb die für heute angelegte Sitzung der ersten Kommission, die sich mit ihr beschäftigen sollte, vertagt worden ist. Im Falle deutscher Verfehlungen soll nach dem französischen Plane eine eventl. Streitfrage an drei Schiedsrichter zurückverwiesen werden, von den einer ein Amerikaner sein muß. Die Franzosen selbst machen jedoch die Annahme ihres eigenen Planes abhängig von der Bedingung, daß das dritte Komitee zu einem für die Franzosen befriedigenden Ergebnis über die Frage der Sachleistungen kommt. Es bestätigt sich, daß eine französische Delegation auch den Wunsch hat, die Frage der militärischen Räumung der Ruhr zu behandeln, jedoch auch wieder nur unter der Bedingung, daß das Konferenzprogramm dahingehend erweitert wird, daß außer dieser militärischen Räumungsfrage auch die Fragen der Sicherheit und der interalliierten Schulden mit auf die Tagesordnung gesetzt werden. In Wirklichkeit sind jedoch diese Fragen bereits seit geraumer Zeit inoffiziell besprochen worden.

Paris, 30. Juli. Wie „Petit Parisien“ mitteilt, soll es in der Frage der militärischen Räumung der Ruhr, über die gestern die Debatte zwischen den alliierten Ministerpräsidenten fortgesetzt wurde, zu einer prinzipiellen Ver-

ständigung dahin gekommen sein, daß Macdonald anerkannt habe, daß die Regelung der Modalitäten der Räumung ausschließlich Sache der Regierungen von Frankreich und Belgien sei. Macdonald soll im Laufe der Verhandlungen den Wunsch ausgesprochen haben, daß die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Dawes-Planes beendet sein soll. Dagegen hätten, wie der „Matin“ mitteilt, die französischen Militärs dafür eine Frist von zwei Jahren verlangt, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß bis dahin die Durchführung des Sachverständigenprogramms „auf keinerlei Hindernisse von deutscher Seite gestoßen sei“. Die Bemühungen der französischen Militärs scheinen also darauf ausgehen, von England die Zustimmung zu erhalten, daß dieses die Aëiner Zone nicht vor der definitiven Zurückziehung der französisch-belgischen Truppen von der Ruhr räume. Nach dem „Matin“ soll Herriot erklärt haben, daß er in dieser Frage der öffentlichen Meinung Frankreichs Rechnung tragen müsse, „für die die Befestigung der Ruhr eine Art Symbol sei“, und daß die Haltung Deutschlands zur Aufrechterhaltung gewisser Maßnahmen zwingt.

„Dawesplan oder Chaos!“

Paris, 30. Juli. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht ein Interview mit Hughes. Dieser erklärte u. a.:

„Ich bin optimistisch, weil ich es sein will und weil man es sein muß. Fünf Jahre schon bemüht man sich, die Schwierigkeiten, die der Krieg hinterlassen hat, zu beseitigen. Was wird werden, wenn diese Konferenz scheitern wird? Denken wir nicht daran! Der Dawesplan ist eine Lösung, die durchaus nicht vollkommen ist, denn das Ideal existiert nicht, aber er ist eine Lösung, die am besten mit der Gerechtigkeit und Vernunft zu vereinbaren ist, die am leichtesten in die Praxis umzusetzen ist. Die wahre Sicherheit besteht darin, den Haß auszuröten, die normalen Beziehungen zwischen den Völkern und durch die Arbeit aller den wirtschaftlichen Frieden wieder herzustellen. Die erste Notwendigkeit ist die Inkraftsetzung des Dawesplanes. Die übrigen Fragen werden sich alsdann lösen lassen. Wenn aber der Dawesplan scheitert, dann wird ein Chaos hervorgerufen; wenn er ausgeführt wird; glaube ich sicher zu sein, daß das nicht nur für alle Gutes bringen, sondern hauptsächlich für Frankreich das Beste sein wird.“

Rein Abbruch der Konferenz.

Berlin, 30. Juli. Die von der Eco-Korrespondenz verbreitete Meldung, daß die Londoner Konferenz abgebrochen worden sei, wird an hiesigen unterrichteten Stellen als Tendenzmeldung bezeichnet, der jede Grundlage fehle.

Paris, 30. Juli. Heute spät nachmittags war in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht verbreitet, daß die Londoner Konferenz abgebrochen sei. Der Agence Hasas liegen keine Nachrichten vor, die zu einem derartigen Gerücht Anlaß geben könnten, haben maßgebende Kabinettsmitglieder von Anfang an erklärt, daß sie dieses Gerücht für tendenziös und falsch halten.

London, 30. Juli. Der Rat der Sieben hielt heute nachmittags eine Sitzung ab. Außerdem fand eine Zusammenkunft des juristischen Komitees statt. Es verlautet, daß Vorkehrungen getroffen werden, für Sitzungen des ersten und des dritten Komitees, die wahrscheinlich morgen vormittag stattfinden werden. Man nimmt an, daß das französische Memorandum betreffend die Sicherheit für die deutsche Anleihe jetzt fertiggestellt ist, und daß es morgen vom ersten Komitee erwogen wird. Es wird sogar für möglich gehalten, daß das Memorandum von dem Rat der Sieben heute erwogen wird. Weiter wird erklärt, daß die Einladung an Deutschland noch nicht abgehandelt worden sei, daß sie jedoch sicher zu erwarten sei. Der Zeitpunkt sei aber noch nicht bestimmt.

Paris, 30. Juli. Die ersten und zweiten Delegierten der Reparationskommission reisen heute nachmittags 5 Uhr nach London. Der englische Delegierte befindet sich bereits dort. Morgen Vormittag 10 Uhr findet die erste offizielle Sitzung der Kommission in London statt.

Noch kein Beginn der Generalinspektion.

Wolffs Telegraphenbureau teilt mit: Die von der Vorkonferenz beantragte Generalinspektion hat noch nicht begonnen, da die Besprechungen über die Modalitäten der Durchführung noch nicht abgeschlossen sind. Alle anderslautenden Nachrichten sind, wie wir erfahren, unzuverlässig.

Berlin, 31. Juli. Durch Verfügung des oberkommandierenden Generals im besetzten Gebiet wurde die „Vossische Zeitung“, wie das Blatt meldet, bis zum 25. Dezember verboten, weil sie unter dem Titel „Französischer Imperialismus“ die Parade vom 14. Juli in Düsseldorf lächerlich gemacht habe.

Neue Dokumente über die Schuld am Kriege.

Moskau, 30. Juli. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Kriegsbegins veröffentlicht die „Iswestija“ einen Artikel von Professor Adamoff, in welchem letzterer auf Grund einer Reihe historischer Dokumente beweist, daß Poincare und Millerand schon am Ende des Jahres 1912 verstanden, den Weltkrieg zu entfesseln. Sie forderten damals Rußland auf, die Feindseligkeiten gegen Oesterreich zu beginnen, angeblich um Serbien zu Hilfe zu kommen, in Wahrheit aber, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, zusammen mit Rußland und England den Kampf gegen Deutschland und Oesterreich zu beginnen. Adamoff führt in seinem Artikel den Briefwechsel und die Unterredungen Poincares mit dem damaligen russischen Botschafter Iswolsti an, der die kategorischen Forderungen Poincares vor der russischen Regierung unterstülzte. Adamoff veröffentlicht zum ersten Mal den Bericht des militärischen Agenten Ignatjew über eine Unterredung mit dem Kriegsminister Millerand am 18. Dezember 1912. Auf eine Erklärung Ignatjews, Rußland wünsche nicht, den europäischen Krieg hervorzurufen, meinte Millerand: „das ist natürlich eine Sache, ihr müßt aber wissen, daß wir zum Kriege bereit sind, und das muß berücksichtigt werden.“ Adamoff kommt zu der Schlussfolgerung, daß, wenn die Jarenregierung den Ratschlägen, die von Poincare und Millerand ausgingen, gefolgt wäre, der Weltkrieg im Jahre 1913 anstatt 1914 ausgebrochen wäre.

Deutschland und der Garantiepakt.

Die deutsche Regierung ließ dem Völkerbundsekretariat eine Denkschrift überreichen, in der der deutsche Standpunkt zu dem von der letzten Völkerbundversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt, d. h. dem Vertrage über gegenseitige Unterstützung, dargelegt wird. Verfasser sind namhafte deutsche juristische Persönlichkeiten. Die deutsche Regierung war seinerzeit, wie alle anderen Regierungen, zur Stellungnahme zum Garantieentwurf aufgefordert worden.

Die deutschen Sachverständigen welfen in dieser Denkschrift schlagend nach, daß auf die vorgeschlagene Weise die angeblich mit diesem Entwurf verfolgte Absicht, friedliebende Staaten vor den Angriffen kriegerischer und übermächtiger Gegner zu schützen, nicht erreicht wird. Deutschland insbesondere würde dadurch lediglich infolge seiner zentralen Lage den allererschwersten Gefahren ausgesetzt, ohne daß ihm ein wirksamer Schutz gewährt würde. Infolge seiner fast vollständigen Waffenlosigkeit würde es in Gefahr geraten, in jeden europäischen Konflikt gezogen zu werden, auch wenn seine Interessen dadurch garnicht berührt werden, und den Kriegshauptplatz zu bilden, auf dem andere Mächte ihre Streitigkeiten ausfechten. Die deutsche Kritik an dem Entwurf deckt sich im allgemeinen mit derjenigen, die auch von amerikanischen und englischer Seite daran geübt wird. Die englische Regierung hat ja erst vor wenigen Tagen ihren Standpunkt dahin festgelegt, daß sie in dem Entwurf kein Mittel zur Sicherung des internationalen Friedens erblicken könne und ihn deshalb ablehnen müsse. Damit ist Deutschland erfreulicherweise gegen den Entwurf geschützt, daß es sich den Bemühungen zur Sicherung des europäischen Friedens entziehe und über geheimen Kriegsplanen brüte.

Politische Rundschau.

Die Steuerpläne des Finanzministers.

Auf einer Verammlung des Innungsaußschusses zu Leipzig hat sich Finanzminister Dr. Reinhold auch des näheren darüber ausgelassen, wie er sich die Neuordnung des Steuerwesens in Sachsen nach Annahme des Sachverständigenrats denkt. Er hat dabei ausgeführt, daß in Zukunft allen Produktionssteuern gegenüber größte Vorsicht angewendet und daß die Revision der sächsischen Steuergelege sofort nach den Ferien in Angriff genommen werden müsse. Die Gewerbesteuer müsse ganz abgebaut und der Umsatz nach dem Auslande dürfte nur noch in stark ermäßigter Form besteuert werden. Auch für die Steuereinsparungen müssen Vereinfachungen plangreifend. Das solle dadurch geschehen, daß die Deklaration für Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern auf einem Formular abgemacht werden kann.

Ein Volksentscheid über den Nichtkandidaten.

Die Frage der Durchführung eines Volksentscheides über das Washingtoner Abkommen ist nach wie vor Gegenstand von Verhandlungen innerhalb der einzelnen Spitzengewerkschaften, wie auch zwischen den Organisationen der verschiedenen Richtungen selbst. Nachdem kürzlich der Bundesaußschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes seine Stellungnahme zu dieser Frage präzisiert und zur Vorbereitung der Abstimmung die Schaffung eines besonderen Fonds beschlossen hatte, wird am heutigen Donnerstag der Vorstand des Gewerkschaftsrings (Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften) sich mit diesem Problem beschäftigen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften) dürfte in den nächsten Tagen in seinen leitenden Instanzen Besprechungen über die Frage eines Volksentscheides herbeiführen. Für Anfang des nächsten Monats rechnet man dann wieder mit gemeinsamen Verhandlungen der Spitzengewerkschaften der drei Richtungen.